

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND



VERTEIDIGUNG

Engpass bei der Bundeswehr:
Das Personal wird knapp. Seite 5

GESCHICHTE

100 Jahre Lenin-Mumie –
Der Revolutionsführer setzt
Russland bis heute zu. Seite 2



ÜBERBLICK

42 Prozent der Rentner liegen unter 1250 Euro

BERLIN (dpa) Vier von zehn Rentnern in Deutschland müssen in diesem Jahr teurer? Über die weitere Finanzierung beraten heute die Verkehrsminister. Die Verkehrsbranche steht einer Preiserhöhung offen gegenüber.

Seite 5

Deutschlandticket: Steigt der Preis?

BERLIN/DÜSSELDORF (dpa) Wird das Deutschlandticket in diesem Jahr teurer? Über die weitere Finanzierung beraten heute die Verkehrsminister. Die Verkehrsbranche steht einer Preiserhöhung offen gegenüber.

Seite 7

Vom Reiz der Metropolen

Berlin (RP) Während der Pandemie zog es zwar viele Menschen aufs Land, doch Großstädte von Berlin bis Hamburg sind vitaler und wichtiger denn je.

Seite 22

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1 - 8 - 11 - 25 - 45 - 49
Superszahl: 4
Super6: 4 3 9 6 0 7
Spiel 77: 4 5 8 7 1 5 4
(ohne Gewähr)

ZITAT

„Nur Familien mit sehr hohen Einkommen zu entlasten, halte ich für ungerecht. Gerade die arbeitende Mitte sollte entlastet werden.“

Lars Klingbeil

Der SPD-Parteichef hat Pläne von Finanzminister Christian Lindner (FDP) für einen höheren Kinderfreibetrag als ungerecht kritisiert.

WETTER

4° Tiefsttemperatur der kommenden Nacht.
9° 4°

Seite 28

RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 7
FERNSEHEN SEITE 25
HÄGAR SEITE 24
SUDOKU SEITE 24
FREIZEIT SEITE 21
FÜR KINDER SEITE 24

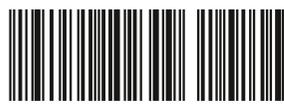
KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.instagram.com/trierischervolksfreund

Produktion dieser Seite:
Ralf Jakobs

Einzelpreis 2,30 €, NR. 18



4 194971 102309 10104



Auf zahlreichen Demos haben am Wochenende Hunderttausende gegen die AfD protestiert.

FOTO: DPA

AfD verbieten? – Landesregierung äußert sich zurückhaltend

Die Rufe nach juristischem Vorgehen gegen die Rechtsaußen-Partei werden lauter. Wann kann eine Partei verboten werden? Wie hoch sind die Hürden? Wie erfolgreich ist ein solcher Schritt?

VON BERND WIENTJES

TRIER Statt über ein Verbot der AfD zu diskutieren, müsse man diese Partei politisch stellen, sagt der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling. „Ein Parteiverbot ist in unserer freiheitlichen Demokratie die Ultima Ratio und verlangt ein aufwendiges, vor allem sehr langwieriges Verfahren. Die Hürden sind sehr hoch. Deshalb darf eine Verbotsforderung nicht dazu führen, dass wir alleine auf den juristischen Prozess setzen“, sagte der SPD-Politiker unserer Redaktion.

Die neue Debatte um ein AfD-Verbot wurde durch einen Bericht des Medienhauses Correctiv über ein Geheimtreffen ausgelöst. An dem Treffen in einer Potsdamer Villa hatten im November unter anderem einzelne AfD-Funktionäre sowie einzelne Mitglieder der CDU und der erzkonservativen Wertunion teilgenommen.

Dabei hatte der frühere Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner,

nach eigenen Angaben über „Remigration“ gesprochen. Damit meinen Rechtsextreme in der Regel, dass eine große Zahl Menschen ausländischer Herkunft das Land verlassen soll – auch unter Zwang. Als Reaktion darauf gibt es seit Tagen bundesweit Demonstrationen gegen die AfD und rechtsextreme Gruppierungen – so gestern in Kasel (Kreis Trier-Saarburg) mit 500 Teilnehmern.

Auch der Trierer Politologe Uwe Jun betrachtet ein Verbot der AfD als problematisch. Er verweist auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, wonach nachgewiesen werden muss, dass eine solche Partei aktiv die Verfassung und die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft. Die AfD versuche, so Jun, in ihren offiziellen Programmen allerdings verfassungswidrige Themen zu vermeiden, sodass eine sehr ausführliche Recherche notwendig sei, um nachzuweisen, dass die AfD nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehe.

Und: „Mit einem Verbot schafft

man nicht die Ursachen für den Aufstieg der Partei aus dem Weg.“ Die Einstellung der AfD-Wähler könne man mit einem Verbot nicht ändern. Zudem, so Jun, könnte ein Verbot der Partei zu einer weiteren Radikalisierung von deren Wählern führen, weil sie das Gefühl haben könnten, ihre Stimme solle unterdrückt werden. Derzeit spreche viel dafür, dass die AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, aber auch bei der Europawahl erfolgreich sein könnte, sagt Jun. Die Partei sei längst keine reine Protestpartei mehr. Sie verfüge über einen hohen Anteil an Stammwählern.

Die AfD sei eine „im Kern rechtsextreme Partei“, sagt Markus Linden, Politikwissenschaftler an der Uni Trier. Informeller Parteiführer sei der thüringische Parteichef Björn Höcke. Linden hält auch die rheinland-pfälzische AfD für „rechtsextremistisch geprägt“. Es bereite ihm Sorge, dass die hiesige AfD sich nicht klar von „zweifelsfrei rechtsextremistischen Perso-

nen und Organisationen“ abgrenze, sagt auch Innenminister Ebling. „Es scheint offensichtlich zu sein, dass Funktionsträger der AfD keine Notwendigkeit mehr sehen, sich von der rechtsextremistischen Szene zu distanzieren.“ Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz verfolge daher „diese beunruhigende Entwicklung aufmerksam“.

Die rheinland-pfälzische AfD sieht sich dagegen als Opfer einer Hetzkampagne und nennt die Vorwürfe im Zusammenhang mit den Correctiv-Recherchen falsch. Die aktuellen Umfragen zeigten, „dass die Hetze nicht verfangt“, sagt AfD-Landesvorsitzender Jan Bollinger. Zusammen mit seinem Vize, Sebastian Münzenmaier, wirft er Ministerpräsidentin Malu Dreyer vor, ihr Regierungsamt für Hetze gegen die AfD zu missbrauchen und damit gegen das Neutralitätsgebot zu verstoßen.

Themen des Tages Seite 3
Meinung Seite 4
Lokales Seite 11

Bauindustrie erwartet Verlust von 10.000 Jobs

BERLIN (dpa) Wegen der Krise im Wohnungsbau erwartet die deutsche Bauindustrie 2024 den ersten Beschäftigungsverlust in der Branche seit der Finanzkrise. „Wir rechnen derzeit damit, dass in den kommenden Monaten etwa 10.000 Arbeitsplätze abgebaut werden müssen“, sagte Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbands HDB.

Grund für den befürchteten Jobabbau sei die schwache Konjunktur am Bau. So seien die Erlöse im Wohnungsbau um 12 Prozent eingebrochen, sagte Müller.

Geld und Markt Seite 7

Grüne Woche: Bauernprotest einmal anders

BERLIN (dpa) Mehrere Tausend Menschen haben zur Agrarmesse Grüne Woche in Berlin für ein Umsteuern in der Landwirtschaft demonstriert. Die Teilnehmer setzten sich am Samstag für mehr Umwelt- und Tierschutz ein, gegen Gentechnik, für faire Preise für die Erzeugnisse von Landwirten und für den Erhalt vieler Bauernhöfe.

Lautstark und begleitet von mehreren Dutzend Traktoren zogen zu nächst rund 1000 Demonstranten zum Kanzleramt. Dort versammelten sich nach Veranstalterangaben rund 8000 Menschen. Zu der Demonstration hatte das Bündnis „Wir haben es satt!“ aufgerufen.

Themen des Tages Seite 6

Wenn der Bagger leise surrt: Volvo setzt auf E-Antrieb

KONZ (sas) Mehr Kapazitäten, mehr E-Modelle: Der neue Konzer Volvo-Chef Tommy Bengtsson hat viel vor. Auch wenn derzeit Flaute in der Branche herrscht, so soll ab Mitte 2024 der Markt wieder brummen. Zu den Projekten gehören die nächsten Schritte zur E-Mobilität bei Baufahrzeugen und die komplette CO₂-Neutralität des Standortes mit seinen rund 1000 Beschäftigten.

Regionale Wirtschaft Seite 8

Missbrauchspriester hofft auf Hilfe aus dem Vatikan

Skandal-Prozess – und kein Ende: Ein wegen Sexual-Delikten verurteilter Bistumspriester wehrt sich gegen seine Entlassung.

TRIER (mos/sev) Der wegen Sexualverbrechen verurteilte Priester Otmar M. wehrt sich gegen seine Entlassung aus dem Klerikerstand. Sowohl ein weltliches als auch ein kirchliches Gericht hatten den Geistlichen des Bistums Trier wegen sexuellen Missbrauchs und sexueller Nötigung verurteilt. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ berichtet, hat der frühere Pfarrer der saarländischen Gemeinde Freisen bei der Glaubensbehörde im Vatikan nun Einspruch eingelegt. Dies bestätigte die Pressestelle des Bistums Trier. Wie lange das sogenannte „Rekursverfahren“ dauere, wisse man nicht. Damit ist das Urteil des Kölner Kir-

chengerichts vom November weiterhin nicht rechtskräftig. Der Fall ist auch deshalb brisant, weil es bei der Aufarbeitung auch Vorwürfe gegen den Trier Bischof Stephan Ackermann gibt.

Nach fünf Verhandlungsjahren hatte das Kirchengericht es als erwiesen angesehen, dass der Geistliche mehrere Personen sexuell missbraucht hatte. So hatte es Ende 2023 die Höchststrafe gegen den 69-Jährigen verhängt: Mit einem rechtskräftigen Schuldspruch würde der Priester nicht nur die mit der Weihe empfangenen Rechte und Pflichten verlieren, sondern auch seinen Anspruch auf ein Ruhegehalt.

Erst im Februar hatte auch das Saarbrücker Landgericht den heute 69-Jährigen wegen sexueller Nötigung zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Otmar M. 1997 in seinem Pfarrhaus einen 14-jährigen Messdiener gedrängt hatte, sexuelle Handlungen an sich zu dulden. Der Priester bestritt die Vorwürfe. Weitere Verfahren waren wegen Verjährung eingestellt worden.

Bischof Stephan Ackermann hatte sich erleichtert über den Abschluss des Verfahrens geäußert. Ihm sei bewusst, dass die lange Prozessdauer für die Betroffenen eine große Belas-

tung gewesen sei. „Was die Betroffenen an Leid durch diesen Priester erfahren haben, ist ein schreckliches Unrecht, an dem sie seit vielen Jahren tragen“, sagte Ackermann nach der Urteilsverkündung. Allerdings steht er selbst und auch sein Vorgänger wegen des Umgangs mit dem Fall in der Kritik. Die Aufarbeitungskommission des Bistums hatte dies und die lange Laufzeit des Prozesses kritisiert. Das habe zur Frustration und Verbitterung der Betroffenen beigetragen und ihnen den Eindruck vermittelt, dass die Kirche keine ernsthafte Aufarbeitung wünsche. Die Opfervereinigung Missbit forderte im November 2023 ein ex-

ternes Sondergutachten, um eine mögliche Mitverantwortung von hochrangigen Geistlichen zu klären. Namentlich genannt wurden die Bischöfe Stephan Ackermann, Reinhard Marx und Georg Bätzing sowie der ehemalige Trierer Generalvikar (und heutige Offizial) Georg Holkenbrink und Ex-Personalchef Rainer Scherschel. Missbit wirft ihnen vor, trotz wiederholter Missbrauchsvorwürfe zunächst keine kirchenrechtliche Untersuchung eingeleitet zu haben. „Das Bistum Trier vertuschete und verschleierte die Vorgänge“, sagte Missbit-Sprecher Hermann Schell.

Mit Material von KNA